



im Rat der
Stadt Oldenburg

26105 Oldenburg
Altes Rathaus, Zimmer 4
Telefon: 0441 - 235 2686
Telefax: 0441 - 235 2156
E-Mail: cdu-fraktion@stadt-oldenburg.de

Newsletter CDU-Fraktion – Nr.4/Juni 2017

Fraktion stimmt für Gartenfachmarkt in Tweelbäke +++ Bauwerkhalle: CDU will
Gestaltungsbeirat beteiligen +++ Neues Stadion: Machbarkeitsstudie liegt vor

CDU gibt grünes Licht für Gartencenter



Das neue Gartencenter soll am Oldeweg in Tweelbäke entstehen.

Bild: Joujou/Pixelio.de

Die CDU-Fraktion hat der Ansiedlung des Gartencenters Ostmann am Oldeweg zugestimmt. Die Verkaufsfläche soll 14.000 Quadratmeter betragen. „Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht“, sagte der Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien im Hinblick auf die lange Debatte. Vor allem die Größe der Verkaufsfläche mit ihren möglichen Auswirkungen auf den Wettbewerb hat die Fraktion während der Bauleit-

planung intensiv geprüft. Auch die von der Stadtverwaltung vorgelegten Zahlen hinsichtlich Größe und Flächenproduktivität (Jahresumsatz pro Quadratmeter) seien immer kritisch hinterfragt worden. Nach Abwägung aller Argumente hat die CDU-Fraktion gemeinsam mit der SPD in der Ratssitzung vom 29. Mai 2017 zugestimmt.

Gerade vor dem Hintergrund der intensiven fraktionsinternen Diskussion ist es bedauerlich, dass die Initiative „Miteinander für Oldenburg“ der Politik – somit auch der CDU – vorwirft, die Argumente der Einzelhändler nicht gehört und ernst genommen zu haben. Die CDU stand mit der Initiative, einem Zusammenschluss Oldenburger Gartenbaubetriebe und Floristen, in den vergangenen zwei Jahren in engem Kontakt,



Weist die Kritik der örtlichen Blumenhändler zurück: Olaf Klaukien

betont Klaukien: „Dass man uns nun öffentlich vorwirft, das Thema nicht auf breiter Basis diskutiert zu haben, entbehrt somit jeder Grundlage.“ Ähnlich argumentiert auch Fraktionsvize Christoph Baak: „Die CDU hat sich immer für die Oldenburger Einzelhändler eingesetzt und wird dies auch künftig tun. Es kann aber nicht darum gehen, Konkurrenz im freien und fairen

Wettbewerb zu verhindern.“ Die Fraktion betrachtet den Gartenfachmarkt als wichtige Ansiedlung, um Kaufkraft im Oberzentrum Oldenburg zu binden.

Nach dem Grundsatzbeschluss bereitet die Verwaltung nun die zweite Auslegung der Pläne vor. Somit könnten sich Bauausschuss und Rat nach der Sommerpause mit den eingegangenen Stellungnahmen befassen und über Flächennutzungs- und Bebauungsplan abstimmen. Sobald die Genehmigung vorliegt, kann der Visbeker Unternehmer Rainer Ostmann mit dem Bau beginnen.

+++++

Bauwerkhalle: Fall für Gestaltungsbeirat



Kultur, Gastronomie oder geht sogar beides? Die Bauwerkhalle am Pferdemarkt mit ihrem herben Industriecharme ist offenbar heiß begehrt. Bild: Oliver Bloch

Ein von Oberbürgermeister Jürgen Krogmann unterstützter Vorstoß der Gemeinnützigen Werkstätten Oldenburg hat für eine Diskussion über die Zukunft der Bauwerkhalle gesorgt. Demnach plant die Einrichtung, das Industriedenkmal am Pferdemarkt zu kaufen und dort ein „inklusives Restaurant“ zu eröffnen. Es soll Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen. Der Vorstoß hat zunächst beim Verein Bauwerk für Irritationen gesorgt, der die Halle seit Jahren für Veranstaltungen zum Thema Bau- und Denkmalpflege nutzt und dies auch weiterhin beabsichtigt. Inzwischen hat es allerdings diverse Gespräche mit allen Beteiligten gegeben, so dass sich ein Kompromiss andeutet.

Auch Mitglieder der CDU-Fraktion haben sich sowohl mit Vertretern von Bauwerk als auch der Gemeinnützigen Werkstätten getroffen. Derzeit finden Gespräche zwischen Bauwerk, Werkstätten und Verwaltung statt. Ziel ist es, einen Kompromiss zwischen kulturellen und gastronomischen Interessen auszuloten. Um weitere Meinungen einzuholen, fordert die CDU-Fraktion, den Gestaltungsbeirat einzubeziehen. „Es ist sinnvoll, Ideen für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten zu sammeln“, begründet Fraktionschef Olaf Klaukien: „Denkbar wäre auch ein Investorenwettbewerb.“

+++++

Raumnutzung: Parteien dürfen in Schulen tagen

Nach der Sommerpause tritt die neue Satzung für die Nutzung von Räumen in Gebäuden der Stadt Oldenburg in Kraft. Das hat der Rat in seiner Sitzung am 19. Juni beschlossen. Die CDU-Fraktion begrüßt diese Neuregelung ausdrücklich. „Sie ist bürgerfreundlich und sorgt für mehr Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Räumen - für Kulturveranstaltungen, sportliche oder bildungspolitische Zwecke“, lobte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Petra Awerbeck. Daher stoße die neue



Lobte die neue Sat-
zung: Petra Awerbeck

Satzung auf eine hohe Akzeptanz. „Das haben wir unter anderem in zahlreichen Gesprächen mit den Bürgervereinen vernommen“, sagt Awerbeck. Zudem hatten diese die Möglichkeit, ihre Anregungen in die Diskussion einzubringen. In den Oldenburger Schulen ist künftig auch die Nutzung von

Räumen durch ortsansässige politische Parteien möglich. Veranstaltungen von Landes- oder Bundesparteien sollen allerdings weiterhin nicht in öffentlichen Gebäuden der Stadt erlaubt sein. Bislang galten verschiedene Richtlinien mit unterschiedlichen Bedingungen und verwaltungsinternen Zuständigkeiten. Dank der neuen Satzung wird dies nun vereinheitlicht. Dadurch habe sich die Situation für Vereine und Gruppen vereinfacht und verbessert. Die Stadt verfüge, so Petra Awerbeck, schließlich über ein gutes Raumangebot, das auch der Öffentlichkeit zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden sollte: „Zudem halten zahlreiche Oldenburger Gaststätten ebenfalls geeignete Lokaltäten für Veranstaltungen vor. Auch sie sollten bei der Planung und Nutzung im Sinne der Vielfalt weiterhin berücksichtigt werden.“

+++++

Neues aus den Ausschüssen

Stadion: Machbarkeitsstudie vorgestellt

Das Veranstaltungsgelände an der Oldenburger Weser-Ems-Halle ist auch ein guter und geeigneter Standort für ein Fußball-Stadion. Zu diesem Ergebnis kommt die Machbarkeitsstudie des Büros Albert Speer und Partner, die den Ratsmitgliedern Ende Mai vorgestellt wurde. Zwar gebe es an diesem Standort hohe Anforderungen an Lärmschutz sowie ein begrenztes Platzangebot. Eine Arena für 10.000 Zuschauer (Auflage Dritte Liga) sowie eine Erweiterung auf 15.000 Plätze (Zweite Liga) sind laut Studie jedoch grundsätzlich umsetzbar. Die reinen Baukosten für das Stadion betragen demnach 19 Millionen Euro (netto). Damit liegt die Arena laut Studie bei den Preisen pro Platz im bundesweiten Durchschnitt.



Bild: Sonja Winzer/Pixelio.de

Das Marschweg Stadion könnte im Falle eines Neubaus an der Weser-Ems-Halle weiterhin für Schulsport und Leichtathletikveranstaltungen zur Verfügung stehen. Teile der dortigen Nebenflächen könnten für den Wohnungsbau vermarktet werden. Die Stadt rechnet für diesen Fall mit einer Einnahme von mindestens 9 Mio. Euro.

Die CDU wird sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht positionieren. Bevor in den Ratsgremien politische Entscheidungen fallen, soll die Partei in den Entscheidungsprozess umfassend eingebunden werden.

Sportplatz Hogenkamp: Kleine Lösung beschlossen

Große Mehrheit für „kleine Lösung“: Mit den Stimmen der CDU hat der Rat hat im Mai beschlossen, auf der restlichen Fläche des bisherigen Sportplatzes am Hogenkamp sowie Teilen der angrenzenden, zu diesem Zweck angekauften Fläche, einen Sportplatz mit den Spielfeldmaßen 60x40 Meter zu bauen.

Der TuS Eversten wird den Platz dann zu Trainingszwecken nutzen. „Der Bedarf einer neuen Sportstätte im Stadtteil war von Anfang an unstrittig. Im Austausch mit dem TuS Eversten haben wir die große Lösung mit wettkampftauglichen Ausmaßen für Jugendspiele jedoch verworfen“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Petra Awerbeck, die auch dem **Sportausschuss** vorsitzt. Die zur Abstimmung stehende reduzierte Spielfläche sei für die beabsichtigten Trainingszwecke völlig ausreichend. Sie biete den Kindern und Jugendlichen des Vereins beste Bedingungen. Der Platz kann darüber hinaus für den Schulsport und in den Schulpausen genutzt werden. Kritisiert wurde hingegen, dass die Verwaltung einen Zusammenhang zu einem eventuellen Wegfall der Freiflächen am Marschwegstadion herstellte. Diese Frage müsse unabhängig von der Diskussion um den Sportplatz am Hogenkamp betrachtet werden, meint die CDU-Fraktion.

Schwimmvereine wollen neues Bad

Für den Bau eines neuen Schwimmbades setzen sich der Stadtsportbund und die Oldenburger Schwimmvereine ein. In der **Sportausschuss**-Sitzung am 14. Juni begründeten sie ihren Vorstoß unter dem Begriff „Schwimmen 2020“ mit dem baulichen Zustand der beiden Stadtteilbäder in Eversten und Kreyenbrück. Diese seien dringend sanierungsbedürftig und qualitativ nicht ausreichend. Der Stadtsportbund hat die Überlegung aufgeworfen, die Stadtteilbäder zu schließen, um dafür ein neues Schwimmbad für Wettkampf- und Breitensport zu bauen. Die Verwaltung hat sich dazu noch nicht geäußert, so dass sich auch die Fraktion noch nicht zu dem Thema positioniert hat.

Keine Mehrheit für Tempo 30 – Fraktion begrüßt Mautlösung



Bild: Tim Reckmann/Pixelio.de

Die Pläne für „Tempo 30“ auf der Hundsmühler Straße sind gescheitert. In der Sitzung des **Verwaltungsausschusses** vom 19. Juni fand sich keine Mehrheit für die von den Grünen beantragte Teilnahme an einem Modellversuch des Landes Niedersachsen. „Wir

begrüßen das Votum sehr“, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Olaf Klaukien. Bereits

in der Vergangenheit hatte sich die CDU eindeutig gegen Tempo 30 auf Oldenburger Hauptverkehrsstraßen positioniert. „Wir brauchen leistungsfähige Hauptstraßen für den Berufsverkehr und für eine gute Erreichbarkeit der Innenstadt“, begründete

Klaukien. Gegen Ausnahmen aus Sicherheitsgründen mit begrenzten 30er-Zonen vor Schulen, Altenheimen oder Krankenhäusern sei selbstverständlich nichts einzuwenden.

Eine deutlich größere Entlastung als durch Tempo 30 verspricht sich die CDU hingegen von der Einführung der Lkw-Maut auf der B 401 ab Juli 2018. Die derzeit noch gebührenfreie Bundesstraße dient dem Lastwagenverkehr bislang als kostenlose Ausweichstrecke und sorgt für eine hohe Schadstoffbelastung bei der Einmündung in den Oldenburger Stadtverkehr an der Hundsmühler Straße. Manfred Drieling, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, begrüßte daher die Entscheidung: „Dank der Maut werden ab nächstem Jahr mit Sicherheit weniger Lastwagen durch Eversten rollen, da sie dann auch wieder die Autobahn 28 benutzen werden.“ Das verbessere die Lebensqualität der Anwohner deutlich mehr als eine 30er-Zone, meint Drieling: „Ein solches Tempolimit hält doch keinen Lkw davon ab, dort lang zu fahren. Schneller als 30 geht es in der Hundsmühler Straße ja ohnehin nicht voran.“

Nein zu Pflegeheim an Schinkelstraße

Die Pläne eines Bremer Investors, eine Pflegeeinrichtung in der Schinkelstraße im Stadtteil Alexanderhaus zu bauen, wurden in der Ratssitzung vom 19. Juni mit den Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt. Bereits im **Sozialausschuss** sowie im **Bauausschuss** sind die Pläne abgelehnt worden, da sozialpolitische Bedenken angemeldet worden waren. Die CDU hat ein Gespräch mit dem Investor geführt und entschieden, das Vorhaben abzulehnen.

Die Innenstadt stärken

Einen engeren Austausch haben Verwaltung und Oldenburger Kaufmannschaft vereinbart, um die Attraktivität der Innenstadt (auch im Hinblick auf Leerstände) zu verbessern. Ein erstes Treffen hat es bereits gegeben, weitere sollen folgen. Für die CDU ist es wichtig, dass die Interessen der Innenstadtkaufleute dabei berücksichtigt werden.

Mühlenhofsweg: Kreuzungsbereich besser sichern



Für eine Verbesserung am Mühlenhofsweg: Dr. Esther Niewerth-Baumann

Ein absolutes Halteverbot für den Kreuzungsbereich Mühlenhofsweg/Idar-Obersteiner-Straße fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag für den Verkehrsausschuss am 21. August. „Bereits im November 2016 haben wir hierzu eine Anfrage an die Verwaltung ge-

stellt. Verbessert hat sich bisher leider nichts“, bedauert die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann.

Wiederholt haben sich nun auch die Anwohner mit ihren Sorgen zu Wort gemeldet. Wie in der Northwest-Zeitung vom 27. Mai 2017 zu lesen war, fordern sie eine Verlegung des aktuell geltenden Halteverbots von der gegenüberliegenden Straßenseite Richtung Kreuzungsbereich, was die CDU-Fraktion unterstützt. Vor allem vormittags werden dort in der Regel alle verfügbaren Parkplätze in Anspruch genommen, die meisten von den Mitarbeitern eines benachbarten Fleischereibetriebes. „Es kommt dadurch vor allem für viele Schulkinder zu unübersichtlichen Situationen, da die Kreuzung und andere Verkehrsteilnehmer oft erst spät bemerkt werden“, unterstützt der verkehrspolitische Sprecher Manfred Drieling den Vorschlag des Bürgervereins Nadorst-Bürgeresch.

+++++

Wir wünschen sonnige und erholsame Sommerferien



Bild: S. Hofschlaeger/Pixelio.de

Die CDU-Fraktion wünscht Ihnen allen erholsame und sonnige Sommerferien. Das Fraktionsbüro ist auch in der Urlaubszeit besetzt. Den nächsten Newsletter erhalten Sie im September nach der Sommerpause.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Fraktionsvorsitzenden, Frau Dr. Niewerth-Baumann und Herr Klaukien, gerne zur Verfügung.

Olaf Klaukien: 0177 – 2345523 Dr. Esther Niewerth-Baumann: 0173 – 2432909

Weitere Informationen über die Arbeit der CDU-Fraktion finden Sie auf unserer Internetseite: www.cdu-fraktion-oldenburg.de

Das Fraktionsbüro erreichen Sie unter 0441 – 2352686.